

# Integration und Desintegration von Einwanderern aus der Türkei

## Integration statt Assimilation

Bereits zu Beginn der 70er Jahre haben wir das Ziel des Zusammenlebens festgelegt. Zu dieser Zeit wurde entschieden, dass die Gastarbeiter nicht mehr im Rotationsverfahren wechseln, sondern in die Gesellschaft integriert werden müssen. Seit dieser Zeit wird der Sachverhalt immer wieder im gesamtgesellschaftlichen Diskurs beleuchtet, jedoch konnte bisher keine Einigkeit über den Begriff der Integration erzielt werden. Hier sollen zwei Diskursstränge, also thematische Ausschnitte des gesamtgesellschaftlichen Diskurses (vgl. Jäger: 2004), näher beleuchtet werden.

Zum einen die vorherrschende Meinung in der autochtonen Bevölkerung, dass Integration eher Assimilation der allochthonen Bevölkerungsgruppen bedeuten sollte. Zum anderen die vorherrschende Meinung in der allochthonen Gruppe. Die Türkischstämmigen wünschen zwar eine Annäherung an die Kultur der aufnehmenden Gruppe, jedoch sollen die eigenen „Wurzeln“ nicht verloren gehen. Der Integrationsbegriff ist in dieser Gruppe sehr unterschiedlich zu demjenigen der autochtonen Bevölkerung.

## Integrationsverständnis der autochtonen Bevölkerungsgruppe

Die autochthone Bevölkerungsgruppe strebt eher einen Integrationsprozess an, dessen Ende sich durch eine Assimilation kennzeichnet. Abstammungen und kulturelle Besonderheiten in der Lebensweise sollten mehr und mehr unkenntlich werden. Der Schwerpunkt liegt hier auf der höchstmöglichen Anpassung der Allochthonen. Die Diskussion um den Begriff der „Integration“ nähert sich mehr und mehr festen Normen, Verhaltens- und Lebensregeln, die durch das Einwanderungsland vorgegeben sind. Im Verständnis der autochtonen Bevölkerungsgruppe findet insbesondere im Bezug zu den muslimischen Einwanderern „eine Schwarz-Weiß-Malerei statt, dergestalt, dass die schlechten Eigenschaften von Muslimen (und anderen Einwanderern) besonders betont werden, die guten Eigenschaften dagegen geleugnet, ignoriert oder abgeschwächt werden“ (Jäger/ Halm 2007: 5).

## Integrationsverständnis der allochthonen Bevölkerungsgruppe

Die Einwanderer wünschen, dass ihre Nachfahren der nächsten Generation ihre kulturellen und religiösen Wurzeln möglichst festigen. Die Türkischstämmigen suchen vor allem die enge Anbindung an das Herkunftsland. Es ist wichtig, die Kontakte zur Türkei auszubauen und zu festigen, um auch positive Impulse von Deutschland aus weitergeben zu können.

## Integrationsprobleme sind subjektiv empfundene Zielkonflikte

Integrationsprobleme treten immer dort auf, wo Menschen einen subjektiven Zielkonflikt zwischen Annäherung und Wahrung ihrer kulturellen Identität empfinden. Die Konfliktlinie verläuft zwischen den beiden unterschiedlichen Vorstellungsmustern Anpassung und Wahrung der kulturellen und damit auch religiösen Identität. Beide Integrationsvorstellungen können weder zusammen

noch getrennt realisiert werden. Eine vollkommene Anpassung wird ebenso wie die Koexistenz der unterschiedlichen Kulturen zu Problemen führen.

### Gesellschaftlicher Integrationskonsens

Notwendig ist also ein gesellschaftlicher Konsens über die Vorstellung des zukünftigen Zusammenlebens und darüber, was unter Integration verstanden werden soll. Obwohl die dargestellten grundsätzlichen Integrationsvorstellungen getrennt voneinander nicht realisierbar sind, enthalten sie doch wichtige und richtige Elemente. Denn Integration ist ein Annäherungsprozess von Autochtonen und Allochtonen unter Wahrung ihrer kulturellen Identität. Integration setzt sich sowohl aus Anpassung, als auch aus Wahrung der kulturellen Identität zusammen. In diesem Annäherungsprozess ist es nur natürlich, dass die Minderheit einen längeren Weg gehen muss als die Mehrheit. Ziel dieses Annäherungsprozesses ist die Schaffung gemeinsamer Werte und einer gemeinsamen Identifikation.

### Islam als Brücke und Hürde der Integration

#### Islam und Integration

Sowohl in den Diskursen innerhalb der türkischstämmigen Community als auch im hegemonialen Diskurs der Mehrheitsgesellschaft in Deutschland wird die Frage der Integration immer enger mit der Frage des Islams verknüpft.

„Aufgrund der Wahrnehmung des Islams und der Muslime als ‚Sicherheitsrisiko‘, vermehrt seit dem 11. September 2001, scheinen sich zudem der politische Islamdiskurs und der Integrationsdiskurs in Deutschland (und darüber hinaus) immer deutlicher zu überlappen. Integrationsfragestellungen werden vermehrt vor dem Hintergrund des religiösen Bekenntnisses verhandelt. Damit erhält die Integration des Islams eine gesellschaftliche Schlüsselrolle.“ (Jäger/ Halm 2007: 6)

Die Diskussion um den Islam, beispielsweise an dem diskursiv aufgeladenen Symbol des Kopftuchs, auf das unterschiedlichste Vorurteile und Annahmen projiziert werden, betont die Unterschiede und verschweigt Gemeinsamkeiten. Jedoch sind es genau die Gemeinsamkeiten der monotheistischen Religionen, die einen Brückenschlag zulassen.

Der Islam ist zwar nicht erst mit den ehemaligen Gastarbeitern nach Deutschland gekommen, jedoch ist er erst in den sechziger Jahren zu einem festen Bestandteil unserer Gesellschaft geworden. Die Ende der neunziger Jahre einsetzende Öffnung und die Entwicklung eines Selbstvertrauens der Muslime wurden durch die Anschläge am 09. September 2001 und den folgenden Ereignissen erheblich erschwert. In der Mehrheitsgesellschaft werden der Islam und die Muslime seitdem oftmals als Feinde der Demokratie oder gar der westlichen Welt gesehen. Mehr und mehr führte das zu einem Rechtfertigungsdruck auf die muslimischen Vereine und Verbände. Trotz allem setzt sich der Trend weg von der Hinterhofmoschee zu repräsentativen Sakralbauten mit zum Teil eigenständigen Architekturströmungen durch.

Es prallen nach wie vor zwei, im Alltagsdiskurs als sehr unterschiedliche Wirklichkeiten wahrgenommene, Vorstellungswelten aufeinander. Ein Moscheebau führt in der Regel zu nicht unerheblichen Konflikten im Stadtteil (vgl. z. B. Dietzsch et al 1997: Ruf des Muezzin).

Das diffuse Bedrohtheitsgefühl, das spätestens seit dem 11. September 2001 und der folgenden Berichterstattung (vgl. Bünger 2002) im Alltagsdiskurs deutlich wird, manifestiert sich zum Beispiel am Minarett oder am Kopftuch. Bestätigt wird dieses Bedrohtheitsgefühl auch durch die zum Teil heftigen Reaktionen von muslimischer Seite auf die Mohammed-Karikaturen.

#### Vom Islam in Deutschland zum „Deutschen Islam“

Die muslimische Glaubensgemeinschaft bildet die drittgrößte Religionsgemeinschaft in Deutschland (3,2 Millionen Menschen). Die größte Gruppe innerhalb der Muslime sind die 2,6 Millionen Türkischstämmigen. Es scheint sich nun auch ein muslimischer Dachverband, der „Koordinierungsrat der Muslime“ (KRM), zu etablieren, der die vier größten muslimischen Organisationen unter sich vereint. Inwieweit diese Organisation als Vertreterin aller Muslime gelten kann, wird sich im Laufe seiner Existenz herauskristallisieren.

Es haben sich in Deutschland bereits verschiedenste Verhaltensweisen und Regeln herausgebildet, die sich von islamischen Interpretationen in anderen Ländern unterscheiden. Wir sind der Ansicht, dass sich ein „Deutscher Islam“ etablieren wird, der sich in spezifischer Weise von anderen regionalen Ausprägungen wie beispielsweise in Frankreich unterscheidet und dabei maßgeblich auf die islamischen Strömungen in der Türkei zurückgreifen wird – im Gegensatz zu Frankreich, das hier stark vom Maghreb geprägt wird: so fließen in den „Französischen Islam“ weitaus mehr kulturelle Elemente aus den nordafrikanischen Ländern ein als in den „Deutschen Islam“.

Unter einem „Deutschen Islam“ verstehen wir im deutschen Kulturraum von Muslimen etablierte Verhaltensweisen, die teils koranisch, teils aus der türkischen Islamtradition *begründet* werden. Fasst man den „Deutschen Islam“ als ein Dispositiv auf (vgl. hierzu Jäger 2001: 72ff; Jessen 2003: 93ff), so ist es das „Netz“ (vgl. Foucault 1978: 120), das sich zwischen den diskursiven und nicht-diskursiven Praxen sowie den Vergegenständlichungen spannt. Demnach kann nicht von der koranischen Lehre gesprochen werden. Immer fließen in die (sub-)„gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit“ (Berger/ Luckmann 2001) auch kulturelle Werte und Normen mit ein (hier aus dem ehemaligen Herkunftsland, der Türkei), die allerdings in der Wahrnehmung der Gläubigen aus dem Koran abgeleitet werden. Ein Beispiel ist das „berühmt berüchtigte“ Kopftuch, für das es keine eindeutige Aussage im Koran gibt (vergl. Spuler-Stegemann, 2002: S.200,f.) Zusätzlich muss berücksichtigt werden, dass sich auch innerhalb eines „Deutschen Islams“ verschiedenste Ausprägungen vorhanden sein werden, die möglicherweise Überschneidungen mit anderen regionalen Ausprägungen aufweisen oder sich ganz unabhängig entwickeln. Das Dispositiv „Deutscher Islam“ spannt sich als Netz zwischen den diskursiven Praxen wie Schriften und Aufsätzen rund um den Islam, den nicht-diskursiven Praxen (Handlungen) wie zum Beispiel das Schächten eines Tieres bis hin zu Vergegenständlichungen wie zum Beispiel ein modern gestalteter Moscheekomplex, in dem sowohl gebetet werden kann als auch ein Treffpunkt für den Stadtteil vorhanden ist oder auch die Institution des Koordinierungsrats der Muslime.

In jeder Region bilden sich unterschiedliche Verhaltensweisen der Muslime heraus, die sich an geographischen, sozialen und politischen Gegebenheiten orientieren. Darüber hinaus spielt immer auch die jeweils vorherrschende Rechtsschule des Islam eine erhebliche Rolle und die Frage, inwieweit sie prägend für das Bewusstsein ist (Radtke, 1984:63). Der Islam in Deutschland muss sich letztlich den hiesigen Gesetzen unterordnen. Er kann daher nicht dieselbe Ausprägung wie im Iran erfahren. Zudem wird der Islam in Europa und in Deutschland auch von anderen Denkern beeinflusst als ausschließlich von den Theologen der islamischen Welt. Ein Beispiel ist hier die Anerkennung des säkularen Rechtsstaats in der islamischen Charta des Zentralrats der Muslime in Deutschland – bei allen Fragen, die diese Charta offen lässt (Bielefeldt, 2003: 68)

Der „Deutsche Islam“ wird, wie oben angeführt, stark durch die Türkischstämmigen geprägt werden. Möglicherweise wird das türkische Verfassungsprinzip des Laizismus ein prägendes Element des „Deutschen Islams“ werden. Nach diesem Prinzip wird der Islam aus dem Staatwesen ausgeklammert (Seufert/Kubaseck, 2006: S.89, f.). Die türkische Verfassung geht damit sogar noch weiter als die deutsche Verfassung, der zufolge sich der deutsche Staat als säkular versteht. Für den „Deutschen Islam“ böten sich hier Anknüpfungspunkte: Auf säkularer Grundlage sind alle anerkannten Religionsgemeinschaften gleichberechtigt und ihre Belange werden durch die Staatsführung berücksichtigt.

Für den Islam würde eine solche Selbst- und Fremdwahrnehmung bedeuten, dass die Religionsfreiheit dem Islam wie anderen Religionen einen gleichgroßen Raum im Privaten gibt. Auf den Staat hat diese Form der Religionsausübung keine Wirkung. Jeder politische Islam wäre damit aus dem Legalitätsfeld ausgeschlossen. Die aktuellen Entwicklungen der Etablierung eines übergreifenden Dachverbandes weisen in diese Richtung.

#### Islam als Brücke – ein Fazit

Das Fremdsein kann als Bedrohung empfunden werden (vgl. Simmel 1992). Daher müssen Brücken geschlagen werden. Eine der großen Herausforderungen der Integrationspolitik und -arbeit (nicht nur) in Deutschland ist die Integration des Islams. Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung ist der Dialog mit den muslimischen Gemeinden. Durch den interreligiösen Dialog kann auch die Entwicklung eines „Deutschen Islam“ vorangebracht werden. Wenn die Parallelen zwischen den monotheistischen Religionen deutlich gemacht werden statt die Differenzen aufzuzeigen, ist es leichter, die „Herzen“ für die Integration zu gewinnen und den Zielkonflikt zu entschärfen.

## Leitlinien zur Zielerreichung

Im Gesamtkontext der Integration von Türken in Deutschland lassen sich unserer Ansicht nach folgende Leitlinien, Ziele und Maßnahmen formulieren, die die deutsche Gesellschaft dem Ziel der Integration näher bringen werden.

### **Leitlinie I: Deutschkenntnisse sind notwendige Voraussetzung für Chancengleichheit.**

Ziel: Jedes Kind muss am ersten Schultag die deutsche Sprache gut beherrschen, jeder Erwachsene muss sie ausreichend sprechen.

Maßnahmen:

- a) Rolle der Kindertagesstätten als Sprachvermittler stärken  
Im vorschulischen Bereich müssen verpflichtende Sprachförderungsmaßnahmen durchgeführt werden. Für diese Maßnahmen gilt es unter anderem die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher zu gewährleisten.
- b) Quote für ausländische Kinder an Kindergärten und Schulen  
Der Anteil der Kinder mit einer nicht deutschen Muttersprache darf in den Kindergarteneinrichtungen und Schulen nicht zu hoch sein. Nur in einem deutschsprachigen Umfeld haben die Kinder die Möglichkeit, schnell Deutsch zu lernen und die deutsche Sprache zu gebrauchen. Außerdem müssen alle Bildungseinrichtungen finanziell und personell gestärkt werden.
- c) Sprachkurse in Moscheen und großen Zuwandererorganisationen  
Die Volkshochschulen sollen beauftragt werden, vor Ort in großen Vereinen, z.B. in Moscheen, gemeinsam mit diesen Deutschkurse anzubieten.
- d) Sprachkurse im türkischsprachigen Fernsehen  
In privaten und öffentlich-rechtlichen türkischsprachigen Fernsehkanälen sollen Sprachkurse angeboten werden.

### **Leitlinie II: Integration funktioniert in erster Linie durch sozialen Aufstieg. Armut und soziale Benachteiligung zementieren Integrationsprobleme.**

Ziel: Der Schulerfolg von Zuwandererkindern muss wesentlich gesteigert werden.

Maßnahmen:

- a) Bildungsoffensive für Zuwandererkinder  
Mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund im Primärbereich  
Um die Bildungschancen und Möglichkeiten der Kinder und Jugendliche zu erhöhen, müssen mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund im Primärbereich eingestellt und innerschulische Fördermaßnahmen für Kinder aus bildungsfernen Schichten gezielt gefördert werden.

b) Das Bildungsbewusstsein der Familien stärken

Das Bildungs- und Ausbildungsbewusstsein der Familien muss gestärkt werden. Hierfür muss man mit Zuwandererorganisationen, Moscheegemeinden und den Medien der Herkunftsländer kooperieren. Eine breit angelegte Medienkampagne ist empfehlenswert.

c) Mehrsprachigkeit als zusätzliche berufliche Qualifikation

Der traditionelle muttersprachliche Unterricht muss den zeitgemäßen Anforderungen entsprechend neu konzipiert werden. In vertretbarem Rahmen werden Sprachen der Herkunftsländer als weitere Fremdsprachen in den Lehrplan aufgenommen. Im Zeitalter der Globalisierung ist jede weitere Sprache als Ressource wichtig. So sollte an weiterführenden Schulen oder an Berufskollegs mit hohem Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund die Herkunftssprache als Wahlfach angeboten werden. Dieses Wahlfach sollte versetzungsrelevant sein.

**Leitlinie III: Durch gemeinsame Werte und Übernahme von Verantwortung seitens der Zuwanderer wird Identifikation mit Deutschland geschaffen**

Ziel: Zuwanderer müssen mehr gesellschaftlich partizipieren und sich mit Deutschland verbunden fühlen.

Maßnahme:

a) Forcierung von Einbürgerungen

Die Zahl der Einbürgerungen sinkt wie im Bundesgebiet auch in Deutschland seit einigen Jahren. Um ohne Einschränkungen politisch und gesellschaftlich zu partizipieren, ist die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft wichtig. Nur wer Entscheidungen mitbestimmt, fühlt sich auch dazugehörig.

b) Landeskunde an Schulen einführen

Obwohl in Deutschland geboren, hier sozialisiert und mit dem deutschen Pass, fehlt es vielen Jugendlichen an einer Identifikation mit Deutschland. Zudem herrscht ein Mangel an Wissen über die Werte und Strukturen, die Deutschland prägen. Dies gilt nicht nur bei Zugewanderten, sondern generell bei vielen jungen Leuten. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sollte man das Fach Landeskunde, das u.a. über staatsbürgerliche Rechte und Pflichten, in Deutschland geltende Normen und Werte und über das vorherrschende Menschenbild aufklärt, einführen. Wir wollen verhindern, dass Kindern und Jugendlichen falsche Werte, die für eine Integration kontraproduktiv sind, vermittelt werden.

c) Förderung von Partnerschaften zwischen Vereinen

Ein Teil der Zuwanderer ist in Vereinen engagiert, jedoch häufig in ethnisch homogenen Selbstorganisationen. Der Austausch zwischen Zuwanderervereinen und anderen Organisationen ist meist sehr gering. Dieser Austausch muss verstärkt werden. Hierzu sollten insbesondere Kooperationen zwischen Selbstorganisationen der Zuwanderer und allgemeinen Verbänden gefördert werden.

**Leitlinie IV: Der Islam erlangt immer größere Bedeutung für die Integration.**

**Ziel: Es muss ein „Deutscher Islam“ entstehen.**

**Maßnahme**

- a) Einrichtung eines muslimischen Rates als Körperschaft des öffentlichen Rechts  
Um die Interessen der Muslime in Deutschland wahrnehmen zu können, müssen sich die Muslime, ähnlich wie in anderen europäischen Staaten schon geschehen, in einem gemeinsamen Rat organisieren. Die Konstituierung dieses Rates sollte politisch unterstützend begleitet werden. Dieser Rat wird dann als Ansprechpartner für Politik und Behörden fungieren. Die Zusammensetzung des Rates muss die verschiedenen Ethnien und islamischen Richtungen berücksichtigen die auf der Basis des Grundgesetzes arbeiten.
- b) Einführung eines islamischen „Gemeindesteuerrechts“  
Zur Finanzierung der islamischen Organisationen und zum Aufbau einer professionellen Sozialarbeit wird eine islamische „Kirchensteuer“ nach dem Modell der christlichen Kirchensteuer eingeführt.
- c) Einführung eines islamischen Religionsunterrichts  
Islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache und von in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften nach Artikel 7 Grundgesetz muss eingeführt werden.
- d) Aufbau einer islamisch-theologischen Fakultät in Deutschland  
Islamische Geistliche sollten nicht mehr aus den Herkunftsländern nach Deutschland geholt werden. Deshalb brauchen wir eine islamisch-theologische Fakultät, durch die man islamische Geistliche aus dem Kreis der in Deutschland aufgewachsenen Muslime ausbilden kann.
- e) Predigerkonferenz  
Es sollte durch den Staat regelmäßig Konferenzen für islamische Prediger in Deutschland organisiert werden. Bei den Konferenzen sollen über Probleme in den Gemeinden beraten und die Prediger in verschiedenen Bereichen geschult werden.

## **Leitlinie V: Die Entstehung von gettoähnlichen Stadtteilen erschwert die Integration für viele Generationen.**

Ziel: Stärkung von Stadtteilen mit hohem Zuwandereranteil

Maßnahmen:

a) Städtebauliche Maßnahmen zur Förderung des interkulturellen Dialogs  
Die Ghettobildung soll durch gezielte Wohnungspolitik und durch Stadtteilmanagement vermieden werden. Durch ein gezieltes Stadtteilmarketing kann die Kulturvielfalt dieser Stadtteile stärker als Bereicherung angesehen werden.

b) Förderung von Existenzgründungen  
Die Regierung muss sich für Existenzgründungen von Zuwanderinnen und Zuwanderern und Schaffung neuer Ausbildungsplätze in mittelständischen Unternehmen mit Migrationshintergrund einsetzen. Dafür müssen bürokratische Hürden abgebaut werden. Ferner wird die Landesregierung aktiv Standortwerbung für Deutschland in der Türkei machen, um gezielt bei Investoren aus der Türkei zu werben.

## **Integration oder Desintegration – ein Ausblick**

Wenn Integration als Mitwirkung am gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und ökonomischen Leben in der Gesellschaft, in der man lebt, verstanden werden kann, dann kann dieses Ziel nur durch einen Annäherungsprozess von Deutschen und Zuwanderern unter Wahrung ihrer kulturellen Identität erreicht werden. Ziel dabei ist die Schaffung gemeinsamer Werte und einer gemeinsamen Identifikation auf der Basis des Grundgesetzes. Ein wesentliches Element auf diesem Wege ist die Integration des Islam durch die Unterstützung der Entwicklung eines „Deutschen Islams“.

Eine moderne Integrationspolitik sollte folgende Ziele verfolgen:

- gemeinsame Identifikation schaffen
- Sozialen Aufstieg und Bildungsmotivation fördern
- Dialog und Austausch verstärken

Die oben aufgeführten Maßnahmen können ihren Beitrag dazu leisten, dass eine Integration gelingt und die (gut gemeinten) Integrationsversuche nicht zur Desintegration führen.

Autoren:

Bülent Arslan, Patricia Foertsch und Frank Jessen

## imap Institut Literaturverzeichnis

Berger, Peter L./Thomas Luckmann 2001: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Frankfurt

Bielefeldt, Heiner 2003: Muslime im säkularen Rechtsstaat, Bielefeld

Bürger, Iris 2002: Apocalypse Now? Diskursanalytische Überlegungen zur Bild-Berichterstattung unmittelbar nach dem 11.09.2001, in: DISS-Journal, H.9, Duisburg  
Dies. 2000: Einwanderung und Integration. Integration - Ergebnisse einer Untersuchung des Alltagsdiskurses: Sich integriert fühlen und "integriert sein" ist nicht dasselbe, in:  
[http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Einwanderung% 20und%20 Integration.htm](http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Einwanderung%20und%20Integration.htm), 14.04.2007

Dietzsch, Martin/Siegfried Jäger, Margret Jäger, Ulrike Schulz (Hrsg.) 1997: Der Ruf des Muezzin. Eine kommentierte Dokumentation des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS), Duisburg

Jäger, Siegfried: 2004: Kritische Diskursanalyse (KDA), Münster  
Ders. 2001: Dispositiv, in: Marcus S. Kleiner (Hrsg.): Michel Foucault. Eine Einführung in sein Denken, Frankfurt, S. 72-89

Jäger, Siegfried/Dirk Halm (Hrsg.) 2007: Mediale Barrieren. Rassismus als Integrationshindernis, Münster

Jessen, Frank 2003: Vorüberlegungen zur Durchführung einer Dispositivanalyse. Am Beispiel des Stadtteils Duisburg-Bruckhausen, Duisburg

Radtke, Bernd 1984: Der sunnitische Islam, in: Werner Ende / Udo Steinbach (Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, München, S. 54-69

Seufert, Günter/Christopher Kubaseck 2006: Die Türkei, Bonn

Simmel, Georg 1992: Exkurs über den Fremden, in: Ders.: Soziologie. Untersuchung über die Formen der Vergesellschaftung, Frankfurt a.M.

Spuler-Stegemann, Ursula 2002: Muslime in Deutschland, Freiburg